

Staatskanzlei
Information

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Nein zur Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV)**

Solothurn, 10. November 2015 - In seiner Vernehmlassung an das Bundesamt für Gesundheit spricht sich der Regierungsrat gegen die Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) aus.

Die Verordnungsänderung sieht die Streichung gewisser Wahlfranchisen und die Senkung der Prämienreduktion bei der Wahl höherer Franchisen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vor. Durch die Streichung von Wahlfranchisen wird eine Vereinfachung des Systems erhofft, während durch die Senkung der Prämienreduktion eine Stärkung der Solidarität erreicht werden soll.

Der Regierungsrat anerkennt zwar, dass durch die Streichung gewisser Wahlfranchisen eine Systemvereinfachung erreicht werden kann, steht der Verordnungsänderung aber insgesamt ablehnend gegenüber. Insbesondere durch die Senkung der Prämienreduktion befürchtet er, dass der Anreiz für die Übernahme von höheren Franchisen und damit die Wahrnehmung höherer Eigenverantwortung verloren geht und eine Verschiebung zu tieferen Franchisen stattfinden wird. Da gerade Familien häufig höhere Franchisen wählen, wären die Auswirkungen aufgrund der Senkung der Prämienreduktion bei höheren Franchisen für Familien besonders stark.

Dies stellt eine ungünstige Entwicklung dar, da die Familien doch bereits heute durch die Krankenkassenprämien stark belastet und die Bestrebungen aktuell eher in Richtung Entlastung der Familien gehen müssten.